



Vorsorgeforum

Der Newsletter zur 2. Säule

380 1.4.2019

[BVG-Aktuell](#) / [Termine](#) / [Links](#) / [Themen](#)



Newsletter als **pdf** zum
Herunterladen und Ausdrucken

An *|FNAME|* *|LNAME|*

KOMMENTAR

Immergrün

In einer Zeit da es reicht, die Worte «Grün» und «Klima» auf Plakate zu schreiben, um Wahlen zu gewinnen, wird es zunehmend schwierig, sich seinen kritischen Geist zu erhalten und Fragen zu stellen. Wer möchte sich schon der klimastreikenden Jugend in den Weg stellen, die mit viel Enthusiasmus und Kapitalismuskritik unterwegs ist? Da wir uns aber das Denken nicht abgewöhnen können, wagen wir es trotzdem. Zumal die Nachhaltigkeitwelle längst auch die Vorsorgeeinrichtungen erreicht hat. Das zeigt sich auch in den Neuigkeiten der letzten Tage.

Oliver Oehri von der CSSP durfte namens und im Auftrag des ASIP in einem Videoclip über «verantwortungsbewusste Kapitalanlage» referieren. Im Vordergrund stehen dabei die ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales, Governance). Daran führt, so wird uns bewusst gemacht, kein Weg mehr vorbei. Gut für die Berater. Das hat auch die BLPK kapiert, die «Zeichen setzen» will für eine nachhaltige Anlagepolitik und dies so in einer Medienmitteilung verkündet. Die Details sollen später folgen. Der WWF verteilt derweil Noten an die Kassen nach Massgabe ihres umweltbewussten Verhaltens.

Längst ist natürlich auch die Politik aktiv. Die PKBS wurde in einem «Anzug», wie das in Basel heisst, aufgefordert, aus «fossilen Energien» auszusteigen. Befürchtet werden nicht bloss die Folgen des CO₂, sondern dass die Investitionen an Wert verlieren könnten, weil sich die Welt von Oel und Gas verabschiedet. Schon etwas weiter zurück liegt der von SP und diversen Umweltverbänden geforderten Ausstieg der Pensionskassen aus «Erdöl, Gas- und Kohleinvestitionen», weil sie angeblich ein hohes wirtschaftliches Risiko bergen. Die Diskussion läuft unter dem Titel «carbon bubble». Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass auch der aus Erdöl-Gewinnen gespiesene norwegische Staatsfonds kürzlich den Ausstieg aus Anlagen in die Oel-Industrie bekanntgegeben hat.

Angesichts der zunehmend häufiger zu sichtenden Teslas auf unseren Strassen könnte man tatsächlich den Eindruck gewinnen, dass in Bälde die Tankstellen durch Ladestationen ersetzt werden und das Zeitalter von Oel und Gas sich dem Ende zuneigt.

Ein paar Zahlen dürften das Bild relativieren. Dazu seien Daten aus dem aktuellen Report des Manhattan-Instituts angeführt. Aktuell entfallen 84 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs

auf Oel, Gas und Kohle. Vor 20 Jahren waren es noch 87 Prozent. Ein bescheidener Rückgang, besonders weil sich in dieser Zeitspanne der Energieverbrauch fast verdoppelt hat. Und die bescheidenen 2 Prozent welche auf Wind- und Sonnenenergie entfallen, benötigten Investitionen von mehreren Billionen Dollar.

Exxon rechnet in einer Studie mit dem Rückgang des Anteils der Kohlenwasserstoffe am Energieverbrauch bis 2040 auf 77 Prozent. Da bis dahin der Energieverbrauch weiter ansteigen wird, fällt auch der erwartete grössere Anteil von Wind und Sonne mit 5 Prozent nicht wesentlich ins Gewicht. Wasserkraft und Kernenergie dürften gemäss Studie von anteilmässig 19 auf 18% zurückgehen. Eine unmittelbare Gefährdung der Profitabilität der Oel- und Gasindustrie ist jedenfalls nicht gegeben. Diesbezüglich scheinen die Warnungen von SP und Oeko-Verbänden voreilig.

Auch der Energiemix der Schweiz lässt realistischerweise in absehbarer Zeit keine grösseren Verschiebungen in Richtung der viel beschworenen Nachhaltigkeit erwarten, trotz hohem politischem Einsatz. Gemäss Faktenblatt des UVEK von 2017 leistet die Elektrizität hierzulande einen Beitrag von 25 Prozent, die Treibstoffe einen von 34 an die Energieversorgung. Benzin, Diesel und Kerosin weisen damit einen deutlichen grösseren Anteil auf als Elektrizität. Den Rest bilden die Erdölbrennstoffe (16 Prozent), Gas und Diverses.

Die Schweiz liegt damit bezüglich Elektrizität über dem weltweiten Durchschnitt, allerdings stammen 40 Prozent aus Kernkraftwerken, die als nicht mehr akzeptabel gelten und im Zuge der Energiewende abgeschaltet werden sollen; trotz ihrer unbestrittenen Klimaverträglichkeit. Es braucht neben Sonnenkollektoren und Windrädern also noch eine erhebliche Zunahme an Umdenken und Sparsamkeit und Flugscham, um den Verbrauch von Oel und Gas deutlich zu reduzieren.

Wer sich für nachhaltigkeitsorientiertes Investieren einsetzt, kann kaum das Ende des Erdölzeitalters als Begründung anführen. Und es kann nicht schaden, genauer hinzuhören, wenn entsprechend argumentiert wird; zumal der Mix aus Politik, Kommerz und magischem Denken unter dem Titel Nachhaltigkeit zusehends die Sicht trübt. Symbolpolitik steht nicht im Aufgabenheft der Pensionskassen.

Peter Wirth, [E-Mail](#)

Teilhabe an unserer Expertise und Erfahrung aus einer Hand.

Wählen Sie unsere Lösungen für die Führung Ihrer Pensionskasse.

swisscanto-vorsorge.ch



Nationalbank hält an ihrer Geldpolitik fest

22. März 2019



In der SRF-Tagesschau hat SNB-Direktor Jordan bestätigt, dass die Nationalbank an ihrer Geldpolitik samt Negativzins festhalten wird.



Milchsuppe für eine faire Vorsorge

26. März 2019

pw. Das Komitee der Eidgenössischen Volksinitiative "Für eine generationengerechte Altersvorsorge (Vorsorge Ja – aber fair)" hatte sich einen ausgesprochen symbolträchtigen Ort für seinen Medienanlass vor dem Start der Unterschriftensammlung ausgewählt: das Kloster Kappel, wo einst **Protestanten und Katholiken** statt sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen über einem Teller Milchsuppe einen wenigstens vorläufigen Frieden schlossen und das blutige Geschäft der Schlacht um fünf Jahre aufschoben. Eine vernünftige Grundlage für eine grundlegende Reformation der beruflichen Vorsorge ist auch mit der Initiative vorgesehen.



Drei prominente Mitglieder des Initiativkomitees: Thomas Weibel, NR GLP; aNR Toni Bortoluzzi und Bruno Pezatti, NR FDP



Josef Bachmann erläutert die Initiative.

Josef Bachmann, früherer PwC-Pensionskassenchef und eigentlicher Träger dieser Initiative, legte dar, weshalb eine grundlegende Reform der beruflichen Vorsorge unumgänglich ist. Weder mit zusätzlichen Beiträgen noch einem Schrauben an den Parametern ist es getan. Die massive Umverteilung in Höhe eines Viertels der Leistungen ist nicht mehr mit Solidarität zu umschreiben, sie grenzt an Diebstahl, zumal die "Leistungssubventionierung" durch die Jungen umso grösser ist, je höher die Rente ausfällt. Die versprochenen Leistungen sind nicht finanziert, die massive Zunahme der Lebenserwartung nicht berücksichtigt.

Die in Form einer **allgemeinen Anregung** gehaltene Initiative fordert eine Ende der Umverteilung, die Sicherung der Generationengerechtigkeit von Leistungen und Beiträgen, die Schaffung der Voraussetzungen für eine moderate Senkung der Renten bei Bedarf und der Erhöhung nach Möglichkeit und die Festsetzung des Rentenalters nach individuellen Bedürfnissen.

Start der Unterschriftensammlung ist am 2. April. Innerhalb von 18 Monaten müssen 100'000 Unterschriften zusammenkommen. Eine grosse Herausforderung, da weder Parteien

noch Fachverbände dahinter stehen. Sollte es nicht gelingen, das System der 2. Säule rechtzeitig zu modernisieren, befürchtet Bachmann massive Rentenkürzungen die weit einschneidender sein würden als alles, was jetzt mit einer Flexibilisierung der Renten vorgesehen ist.

[Website](#)



Faire Vorsorge in den Medien

27. März 2019

Die von Josef Bachmann lancierte Volksinitiative für eine “generationengerechte Vorsorge”, die am 26.3.19 den Medien vorgestellt wurde und zu welcher die Unterschriftensammlung am 2. April startet, ist auf wohlwollende Reaktionen gestossen. In der NZZ schreibt Hansueli Schöchli:

Die von einem ehemaligen Pensionskassenverwalter lancierte Volksinitiative will diese Umverteilung stoppen. Die als allgemeine Anregung konzipierte Initiative fordert als Grundsatz **Generationengerechtigkeit** und damit die Vermeidung einer «systemfremden Umverteilung». Konkret verlangt die Initiative, dass das Referenzrentenalter «unter Berücksichtigung der Lebenserwartung regelmässig angepasst» wird und für beide Geschlechter gleich sein soll.

Zudem soll es künftig möglich sein, auch bereits laufende Renten in der beruflichen Vorsorge zu senken, «um die Umverteilung zwischen den Generationen zu begrenzen». Aus Sicht der Generationengerechtigkeit sind diese **zentralen Forderungen der Initiative überfällig**. Das würden bei abgeschalteten Mikrofonen sogar manche Politiker zugeben, doch die meisten Politiker mit Wiederwahlambitionen verspüren vermutlich Berührungängste gegenüber dieser Volksinitiative.

[weiterlesen ...](#)

Kluge Konzepte: Risiken im Griff.

Nachhaltigkeit im Blick

Anmeldung: www.soziale-sicherheit.ch
Auskünfte: info@awp.ch oder 043 960 59 67

Vorschläge für eine Reform der Altersvorsorge

29. März 2019

Der Beobachter hat eine Reihe von Vorschlägen für eine Reform der Altersvorsorge zusammen gestellt, welche über Änderungen der Beitragssätze und des Umwandlungssatzes hinausgehen. Der Titel lautet "Die Wackelrente als Wundermittel?"... Es sind dies die [Initiative](#) für eine generationengerechte Vorsorge von Josef Bachmann; die Forderung nach Flexibilität im Überobligatorium der [Grünliberalen](#) (parl. Initiative Weibel); die 13. AHV-Rente des [Gewerkschaftsbunds](#); die von c-alm entwickelten Ideen für den [ASIP](#); die bereits realisierten Modelle mit flexiblen Renten von PwC oder Implenia.

 [Beobachter](#)

AHV-Reform auf der langen Bank

22. März 2019

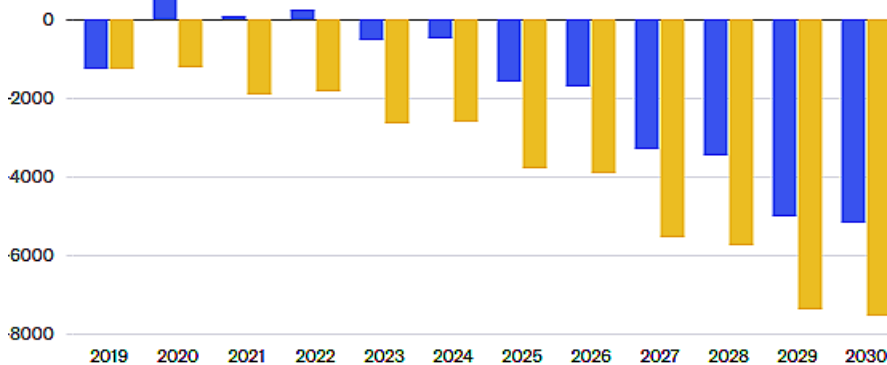
Die im Steuerdeal enthaltenen Zusatzmilliarden für die erste Säule senken kurzfristig den Sanierungsdruck. Mit den Mehreinnahmen dürften sich aber auch strukturelle Massnahmen verzögern. Das Frauenrentenalter wird bestenfalls ab 2022 erhöht, schreibt die NZZ.

Eine Verzögerung steht bereits fest. Noch 2018 plante der Bundesrat, dass die AHV-Reform 2021 in Kraft treten sollte. Nun rechnet das BSV bestenfalls damit, dass dies **2022** möglich ist, sofern sich alle Akteure konstruktiv für die Vorlage einsetzen. Deren parlamentarische Beratung dürfte erst nach den Wahlen 2020 beginnen. In der SGK sind mit der IV-Reform oder dem Tabakproduktegesetz zahlreiche Geschäfte hängig, die in der laufenden Legislatur verabschiedet werden sollten. Zudem ist so gut wie sicher, dass linke Kreise das **Referendum** gegen die Angleichung des **Frauenrentenalters** ergreifen.

Reform gibt der AHV ein paar Jahre Luft

Umlageergebnis (Einnahmen minus Ausgaben, ohne Kapitalrendite) mit oder ohne AHV-Steuvorlage, in Millionen Franken

● mit AHV-Steuer-Reform ● ohne Reform



Quelle: BSV – Grafik: brt.

Eine Verschiebung um ein Jahr mag geringfügig erscheinen. Nachdem in den letzten 20 Jahren keine Vorlage mehr eine Mehrheit gefunden hat, muss die AHV-Reform erst gelingen. Mit jeder Verzögerung beim **Frauenrentenalter 65** dürfte sich jedoch auch die übernächste Revision verschieben, die die Politik vor 2030 in Angriff nehmen sollte, um die AHV **mittelfristig zu stabilisieren**. Dies werde wohl erst nach 2030 möglich sein, sagt SGK-Präsident Joachim Eder. Das BSV will sich auf Anfrage nicht auf die Äste hinauslassen. Bei einer Annahme der Steuervorlage rechnet es aber damit, dass die erste Säule bis 2030 gesichert ist, wenn das Frauenrentenalter 65 eingeführt und parallel die Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte erhöht wird. (...)

Möglich ist auch, dass der Druck für ein höheres Rentenalter auf anderen Wegen steigt. Kommende Woche lanciert ein Komitee um **Josef Bachmann**, den früheren Geschäftsführer der Pensionskasse der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC), eine Volksinitiative. Diese will die finanzielle Stabilität der ersten und zweiten Säule langfristig unter Wahrung der Generationengerechtigkeit sichern. Allerdings müssen die Initianten erst die 100 000 benötigten Unterschriften zusammenbringen; die Sammlung soll im April starten.

 [NZZ](#) / [Initiative Bachmann](#) / [Vorsorge aber fair](#)

Outsourcing heisst Umsetzung

www.slps.ch

Pension Services AG


SwissLife

PK Winterthur: Sanierung gescheitert

26. März 2019

Die NZZ schreibt: Mit viel Aufwand hat der Stadtrat Winterthur für einen von hohem Kredit gewebelt, mit dem die Pensionskasse ins Lot gebracht werden sollte. Der Gemeinderat lehnt ihn aber ganz knapp ab. Es sei zu viel Vertrauen verloren gegangen, sagen die Kritiker.

Der politisch umkämpfte Punkt war die **weitere Einmaleinlage von 144 Millionen Franken**, welche die Stadt leisten sollte. Die Summe erregte die Gemüter nicht nur wegen ihrer schieren Höhe. Ein wichtiger Grund war auch, dass die Winterthurer Stimmbevölkerung schon vor der Verselbständigung 2014 etliche Millionen Franken bewilligt hatte. Vor der Abstimmung hatte es geheissen, danach sei die städtische Pensionskasse saniert und ausfinanziert.

Der Vorschlag provozierte die Bürgerlichen und Grünliberalen. Sie warfen dem Stiftungsrat und seinem **früheren Präsidenten Jorge Serra**, dem ehemaligen SP-Kantonsrat und Gewerkschafter, **Versagen** vor. Sie hätten die Weichen nicht rechtzeitig gestellt und wollten die Kosten jetzt einseitig auf die Steuerzahler abwälzen. Ihre Forderung: Die Stadt solle erst wieder in die Tasche greifen, wenn ein Plan für den Anschluss der städtischen Pensionskasse an eine andere Institution vorliege. Die Kasse stelle für die dünne Eigenkapitaldecke der Stadt ein grosses Risiko dar. (...)

Stadtpräsident Michael Künzle appellierte vergeblich an den Rat. Bei einem Nein habe man die **Aufsicht im Nacken**, und diese werde festlegen, wie die Sanierungsmassnahmen auszusehen hätten. Die hauchdünne Mehrheit aus SVP, FDP, GLP und EVP überzeugte er damit nicht. Man müsse dem Volk aufzeigen, dass die Stadt nicht in ein **Fass ohne Boden** investiere, sagte der Freisinnige Urs Hofer. Dies sei nicht möglich, in zu vielen Punkten sei die Kasse verbesserungswürdig. Die Bürgerlichen signalisierten aber, eine Einlage bei der neuen Vorlage nicht grundsätzlich ablehnen zu wollen.



Aus jeder Perspektive Chancen erkennen

Die richtige Kombination setzt verborgenes Potenzial frei

Willis Towers Watson

The advertisement features a background image of a waterfall with a bar chart overlaid on the right side. The bar chart has four bars of varying heights, with the tallest bar on the right. The text is in white and black, contrasting with the blue and white tones of the waterfall.

ASIP: ESG- und Klimarisiken

20. März 2019



Der Pensionskassenverband schreibt in seinen Fachmitteilungen 116:

Der ASIP begrüsst es, dass zunehmend mehr PK im Rahmen der Vermögensbewirtschaftung aus Eigeninitiative auch **Klima-, Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance-Aspekte** beachten (ESG und Klimarisiken). Sie orientieren sich als langfristige Investoren am Prinzip der Nachhaltigkeit und investieren das ihnen treuhänderisch anvertraute Vorsorgevermögen verantwortungsbewusst. Das liegt im Interesse der Versicherten.

Der ASIP hat in seinem Leitfaden für Vermögensanlagen zuhanden der Führungsorgane der PK Grundsätze zur Umsetzung einer nachhaltigen, verantwortungsvollen Anlagepolitik definiert. Der ASIP setzt auf freiwillige Massnahmen. Ergänzend zum Leitfaden stellen wir Ihnen im Anhang ein Video zur Thematik „Nachhaltige Anlagen“ zu.

Der Videoclip wird gesprochen von Oliver Oehri, Founding Partner der CSSP.

Die Neuauflage des Leitfadens von 2018 (Fachmitteilung Nr. 112) kann für 25 Franken beim ASIP bestellt werden. Er ist für ASIP-Mitglieder gratis.

 [CSSP / ASIP](#)  [Fachmitteilung 116](#)

ZKB: Leerwohnungsbestand wird weiter steigen

29. März 2019

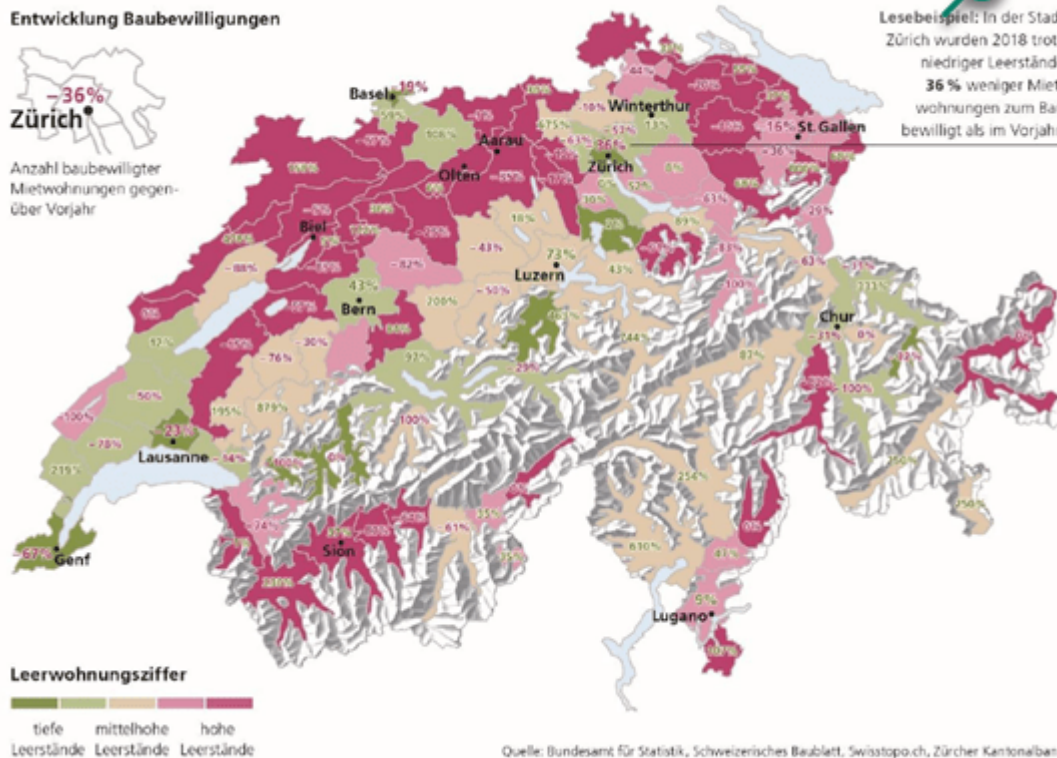
In vielen Städten bekamen 2018 weniger Mietwohnungen grünes Licht zum Bau

Entwicklung Baubewilligungen



Anzahl baubewilligter Mietwohnungen gegenüber Vorjahr

Lesebeispiel: In der Stadt Zürich wurden 2018 trotz niedriger Leerstände **36 %** weniger Mietwohnungen zum Bau bewilligt als im Vorjahr.



Die ZKB schreibt zur aktuellen Situation auf dem Mietwohnungsmarkt:

März 2019 – Im zweiten Halbjahr 2018 hat bei den **Baubewilligungen** für Mietwohnungen ein kräftiger Rückgang eingesetzt. Allein im vierten Quartal 2018 bekamen rund 20% weniger Mietwohnungen grünes Licht zum Bau als noch im letzten Quartal des Vorjahres. Wie die Analysen des Immobilien Research der Zürcher Kantonalbank zeigen, bedeuten die rückläufigen Baubewilligungen jedoch keine Entschärfung der **Leerstandsproblematik**.

Im Gegenteil steigt gemäss Prognosen der Zürcher Kantonalbank die Anzahl leerstehender Mietwohnungen in der Schweiz **von 59'700 im Jahr 2018 auf knapp 72'000 im Jahr 2020**. Und dies trotz einer insgesamt abnehmenden Bautätigkeit. So rechnet die Zürcher Kantonalbank mit einem Rückgang des Mietwohnungsbaus von 53'900 im Jahr 2018 auf 52'600 im Jahr 2019 respektive auf 50'400 im Jahr 2020.

Grund für diese Entwicklung ist, dass sich die Bautätigkeit vor allem auf **Regionen** konzentriert, in welchen bereits viele Mietwohnungen leer stehen. Es entstehen also Mietwohnungen an Lagen, an denen sie gar nicht nachgefragt werden. So sind zum Beispiel im Unterwallis die Baubewilligungen für Mietwohnungen auch im vergangenen Jahr erneut in

die Höhe geschneit (+230% in Martigny bzw. +37% in Sion) und Jura (+158%), obwohl bereits sehr viele Mietwohnungen verfügbar sind und die Bevölkerung in der Vergangenheit kaum gewachsen ist oder sogar rückläufig war. Dasselbe gilt in Olten (+6%), Solothurn (+30%) und Grenchen (+72%), wo sich die Spannungen am Mietwohnungsmarkt nicht so rasch legen werden.





 [ZKB Immobilien aktuell](#)

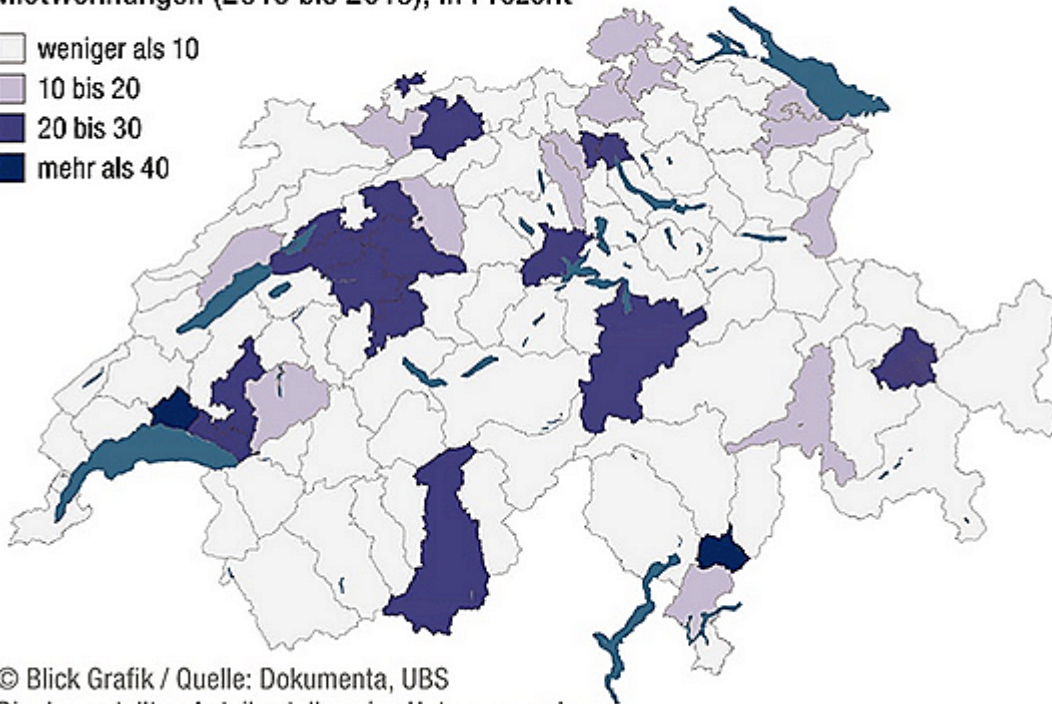
Hoher Leerwohnungsbestand wegen PKs?

20. März 2019

In diesen Regionen investieren Pensionskassen

Baubewilligungen institutioneller Investoren am Total der bewilligten Mietwohnungen (2016 bis 2018), in Prozent

-  weniger als 10
-  10 bis 20
-  20 bis 30
-  mehr als 40



© Blick Grafik / Quelle: Dokumenta, UBS

Die dargestellten Anteile stellen eine Untergrenze dar, da nicht alle Baubewilligungen eindeutig zugeordnet werden können.

Der Blick berichtet über den wachsenden Leerwohnungsbestand, der vielfach den Aktivitäten der Pensionskassen zugeschrieben wird.

Geistersiedlungen und Lockmittel für neue Mieter: Der Leerstand auf dem Schweizer Immobilienmarkt ist auf einem Rekordhoch. Für Ende 2019 rechnen UBS-Experten mit einem Anstieg auf rund 80'000 leere Wohneinheiten.

(...)

Sind also die **Pensionskassen Schuld am hohen Leerstand**? Nein, sagt nun die UBS in einem neuen Immobilienbericht. «Pensionskassen zu

Unrecht unter Generalverdacht», so das Votum der Grossbank. Sie beruft sich dafür auf **Baubewilligungen**, die seit 2012 erteilt wurden. Demnach gingen 2016, als die Pensionskassen und Versicherungen am stärksten als Bau-Investoren aktiv waren, «Anteile von 12 Prozent der Baukosten und 16 Prozent der neu bewilligten Wohnungen» auf ihr Konto.

In den beiden folgenden Jahren sanken die **Anteile der institutionellen** Investoren wieder auf rund 10 Prozent bei den Mietwohnungen und 6 Prozent bei den Gesamt-Baubewilligungen. Heisst für die UBS also, diese Investoren prägen den Immobilienmarkt und damit den Leerstand weniger stark, als angenommen.

Diesen Umstand würden auch die Zahlen der Pensionskassen selbst unterstreichen, so die UBS-Experten. Denn vom Marktvolumen von rund 1600 Milliarden Franken seit 2014, gehen «nur» rund **30 Milliarden** Franken aufs Konto der institutionellen Investoren. Höchstens **4000 Wohnungen** pro Jahr gehen demnach auf diese zurück. Pensionskassen und Co. konnten also die Leerstandsquote in der Schweiz «kaum entscheidend beeinflussen», so die UBS.

 [Blick](#)



**Workshop für Präsidenten
und Vizepräsidenten von
Führungsorganen der Pensionskassen**

Ein Praktiker-Workshop
Kompetenzen vermitteln – Erfahrungsaustausch pflegen

Dienstag, 28. Mai 2019, Zürich

Infos und
Anmeldung unter
www.vps.ch

“Immobilienrenditen überstrahlen alles”

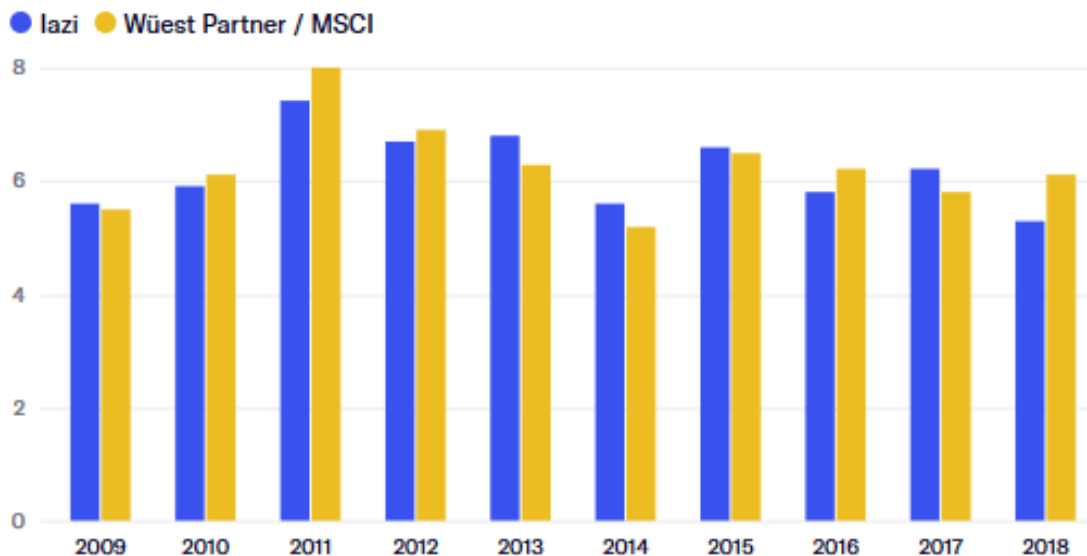
25. März 2019

Die NZZ schreibt zum Höhenflug der Immobilien bei der Kapitalanlage:

Seit Jahren erwarten eingefleischte Immobilienexperten, dass die Renditen für Schweizer Liegenschaften spürbar sinken. Gemäss den Daten der Beratungsfirma lazi ist das im vergangenen Jahr tatsächlich eingetreten. Nach 6,2% für 2017 wurde für 2018 eine durchschnittliche Gesamtrendite von nur noch 5,2% ermittelt. Das ist aber nur ein Teil der Geschichte, denn der Mitbewerber Wüest Partner (WP) hat gemeinsam mit dem Datenanbieter MSCI für 2018 eine Performance von 6,1% berechnet und damit sogar mehr als im Jahr zuvor (5,8%). (...)

Betongold liefert noch immer hohe Renditen

Performance von Direktanlagen, in %



Quelle: IAZI, Wüest Partner / MSCI – Grafik: msf.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass die direkten Immobilienanlagen 2018 zu den besten Investments überhaupt zählten. Deutlich geschlagen wurden auch die indirekten Immobilienanlagen (Aktien und Fonds), die kurzfristig stärker vom Geschehen an den Börsen beeinflusst werden und negative Renditen von rund –2 bzw. –5% aufwiesen. Innerhalb der Segmente hatten wie zumeist in den Vorjahren die Mehrfamilienhäuser die Nase vorn, vor den Büro- und den Verkaufsflächen.

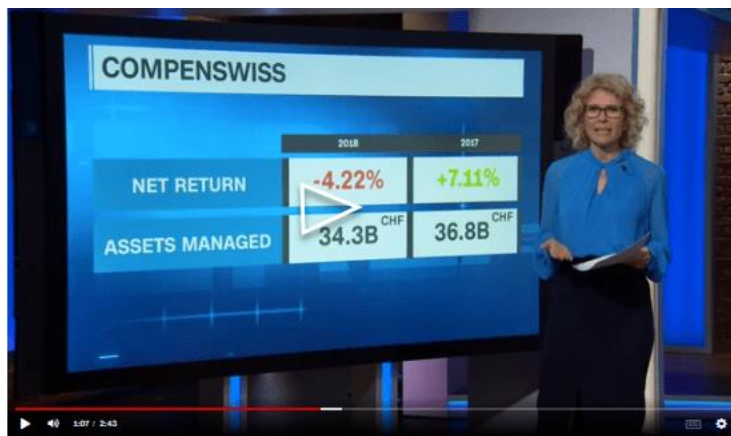
Im laufenden Jahr ist es denkbar, dass Büroliegenschaften, wo sich die Nachfragesituation seit geraumer Zeit wieder aufhellt, den Wohnimmobilien den Rang ablaufen können. Da sich die NCF-Renditen nur langsam verändern, werden die Wertveränderungen für die Gesamrenditen wieder ausschlaggebend sein. Angesichts des Zinsumfelds, das die Nachfrage nach Immobilienanlagen künstlich stimuliert, ist zumindest kaum vorstellbar, dass es hier systematisch zu stärkeren Einbussen kommen wird.

 [NZZ](#) /  [WüestPartner Markt 19/1](#) / [IAZI Preisindex](#)

AHV aus US-Sicht

29. März 2019

CNN-Money geht in einem Video-Clip auf die Situation der Compenswiss ein, welche im vergangenen Jahr unter der schlechten Markt-Performance gelitten hat. Nichts Neues für uns, aber ein Blick auf die eigenen Verhältnisse aus fremder Sicht ist immer interessant.



Abstimmungsverhalten an der CS-GV 2018

30. März 2019

Andreas Möckli zeigt in der Aargauer Zeitung das unterschiedliche Abstimmungsverhalten schweizerischer Pensionskassen und ausländischer Grossanleger auf. Die PKs haben den **Vergütungsbericht** mehrheitlich abgelehnt, die ausländischen Investoren hingegen akzeptiert.

Zwischen den Schweizer und den ausländischen Grossanlegern verläuft ein **tiefer Graben**, wie eine Analyse der letztjährigen Generalversammlung der Credit Suisse zeigt. Von den 20 grössten Pensionskassen inklusive dem Ausgleichsfonds der AHV haben 16 ihr Stimmverhalten veröffentlicht. Davon haben zwölf den **Vergütungsbericht** der Grossbank abgelehnt, 13 haben zumindest eines der vier bindenden Traktanden über die Gehälter der Verwaltungsräte und Topmanager abgelehnt.

Zehn Kassen haben zudem dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung die **Entlastung verweigert**. Acht Grossanleger haben bei der Wahl von Präsident Rohner mit Nein gestimmt. Kaum überraschend stimmte die Pensionskasse der Credit Suisse im Sinne der eigenen Bank.

Und die **ausländischen Investoren**? Vier der fünf grössten Grossanleger der Credit Suisse sagten durchs Band Ja. Dazu gehören die US-Vermögensverwalter Harris Associates, Blackrock und Dodge & Cox. Zusammen halten sie über 12 Prozent aller Aktien der Credit Suisse. Ja sagte auch die norwegische Zentralbank Norges Bank. Sie hält weitere fünf Prozent. Unbekannt ist das Stimmverhalten des britischen Vermögensverwalters Silchester, der drei Prozent der Grossbank besitzt.

Die erwähnten Grossinvestoren dürften auch dieses Jahr kaum anders abstimmen. Harris lässt denn auch bereits ausrichten: «Wir unterstützen das Vergütungspaket von Herrn Thiam voll und ganz und sind der Meinung, dass er als Chef der Credit Suisse eine hervorragende Arbeit geleistet hat.»



Keine Lust auf Rentenzahlung

25. März 2019

Es ist noch nicht lange her, als ein Kapitalbezug bis zu drei Jahre vor der Pensionierung der Kasse gemeldet werden musste. Neuerdings nehmen die Kassen auch noch 5 Minuten vor der Pensionierung den Antrag auf Kapitalbezug dankend entgegen. Die einst gefürchtete Negativ-Selektion (Kranke wählen das Kapital, sportliche Senioren die Rente) ist kein Problem mehr. Und 1e-Pläne sind in der Regel zwingend mit dem Bezug des Kapitals verbunden. Michael Ferber schreibt in der NZZ:

Willy Thurnherr (CEO der Aon) hält es für problematischer für die Entwicklung der beruflichen Vorsorge, dass immer mehr Pensionskassen das **Anlagerisiko auf die Versicherten** überwälzen. Es gebe eine zunehmende Zahl an Pensionskassen, die eine Unlust zeigten, Renten an ihre Versicherten zu zahlen. Mache dies Schule, stelle sich letztlich die Frage, ob die zweite Säule noch ihren ursprünglichen Zweck erfülle, sagt Thurnherr.

Als Beispiel nennt er den Entscheid verschiedener Vorsorgeeinrichtungen, ab einer gewissen Höhe einen **Kapitalzwang** einzuführen. Aufgrund dieser Regelung müssten die Versicherten Gelder zunehmend selbst anlegen – dies könne beispielsweise im hohen Alter problematisch werden. In dieselbe Richtung geht laut Thurnherr die Einführung von **1e-Plänen**. Die Pensionskassen, die solche Regelungen oder einen Kapitalzwang eingeführt hätten, seien zwar noch in der Minderheit. Allerdings könnten immer mehr Vorsorgeeinrichtungen diesen Kassen folgen, zumal es sich bei den «Pionieren» um grosse Einrichtungen handle.

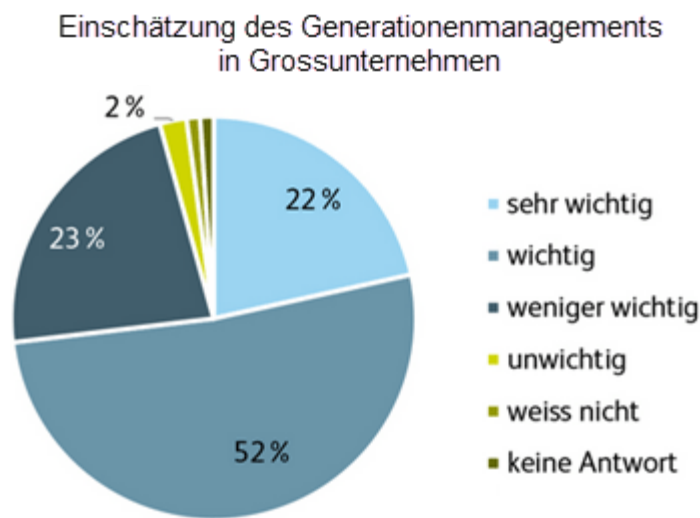
In eine andere Richtung geht die Kritik von Juerg Mueller von der Vermögensverwaltung WM Weibel Mueller AG. Laut ihm dürfte die berufliche Vorsorge zusammen mit der AHV bei immer weniger Versicherten ausreichen, um den gewohnten **Lebensstandard** zu halten. Vielen gelinge dies nur mithilfe von **Erbschaften**. Ausserdem dürfte angesichts der gesunkenen Umwandlungssätze das Interesse von Versicherten mit höheren Einkommen, eine Rente zu beziehen, nachlassen, sagt Mueller.

Er geht davon aus, dass zumindest **Teilkapitalbezüge** immer öfter Vorkommen. Wohlhabendere Versicherte dürften sich sagen: «Wenn die Rente schon so niedrig ist, möchte ich wenigstens einen Teil des Kapitals raus- nehmen und dieses Geld an meine Nachkommen vererben.»

Mueller rechnet für die kommenden Jahre mit einer Zunahme der Kapitalbezüge. Als Folge davon erwartet er, dass in den kommenden Jahren in der Politik wieder Vorstösse diskutiert werden, die einen zumindest teilweisen «**Rentenzwang**» fordern.

Die Generationen auf dem Arbeitsmarkt

20. März 2019



Ältere Menschen bleiben länger im Beruf, weniger junge rücken nach. Eine Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern zeigt: Ein professionell umgesetztes Generationenmanagement wird wichtiger denn je, um die Arbeitsmarktfähigkeit länger zu erhalten, die Diskriminierung von älteren Mitarbeitenden und Vorurteile abzubauen und den Wissenstransfer zwischen den Generationen sicherzustellen.

Die IFZ-Studie "Generationenmanagement" der Hochschule Luzern untersucht den Ist-Zustand auf dem Schweizer Arbeitsmarkt und dokumentiert Massnahmen, Präferenzen und Erwartungen im Bereich Generationenmanagement auf Angestellten- und Arbeitgeberseite. Untersucht wurden Grossunternehmen und KMU in Online-Umfragen. 416 Arbeitgeber (323 in KMU, 93 in Grossunternehmen) und 1179 Arbeitnehmende (212 in KMU, 967 in Grossunternehmen) beantworteten die Fragen.

Im Rahmen des Projekts wird bis Sommer 2019 ein Leitfaden und eine Toolbox entwickelt, um Unternehmen bei der Umsetzung eines professionellen Generationenmanagements zu unterstützen. Diese Toolbox beinhaltet ein Standortbestimmungs- und Lösungstool. Am jährlich stattfindenden Generationenmanagement Summit wird zudem mit Hilfe des Generationenbarometers die aggregierte Sichtweise zum Stand von Generationenmanagement in der Schweiz dargestellt.

 [Mitteilung / Studie](#)  [Website Studie](#)

“Pensionskasse wird für ältere Angestellte zur Falle”

20. März 2019

Betriebe mit älteren Arbeitnehmenden haben Mühe, eine neue Vorsorgeeinrichtung zu finden. Sammelstiftungen stufen sie als Risiko ein.

 [Tages-Anzeiger](#)

AUFSICHT

OAK: BR antwortet auf Interpellation Kuprecht

25. März 2019



In seiner Interpellation vom vergangenen Dezember kritisierte SR Alex Kuprecht eine von der Oberaufsichtskommission geplante Weisung zu den **Sammelstiftungen**. Deren Durchführung würde zu Kosten von 500 Franken pro Versicherten führen, rechnete er vor. An den Bundesrat stellte er u.a. die Frage, ob die OAK damit nicht den vorgegebenen Weisungsrahmen und damit ihre Kompetenzen überschreiten würde. Jetzt liegt die Antwort des Bundesrates vor, und wie nicht anders zu erwarten stellt er sich auf die Seite der OAK und weist alle von Kuprecht aufgeworfenen Kritikpunkte zurück. In der Antwort heisst es u.a.:

Werden Aufsichtslücken festgestellt, ist es angezeigt, dass die OAK BV im Rahmen ihrer Kompetenz die notwendigen Massnahmen trifft. Die **Sicherheit der Leistungen** der Versicherten hat grundsätzlich **Vorrang gegenüber Kostenüberlegungen**, sofern die Kosten angemessen sind. Aufgrund ihrer gesetzlichen Aufgaben müssen die Expertinnen und Experten für berufliche Vorsorge Vorsorgeeinrichtungen mit mehreren Vorsorgewerken ohnehin periodisch auch auf Stufe Vorsorgewerk prüfen.

Dabei können sie die Resultate ihrer Prüfungen auch gruppiert und in **tabellarischer Form darstellen**, was ihren Aufwand und damit auch die Kosten in Grenzen hält. In der Vergangenheit ist es den Expertinnen und Experten für berufliche Vorsorge immer gelungen, ihre Arbeit effizient zu organisieren.

Die **Gesetzeskonformität** der Weisungen zu prüfen liegt nicht in der Kompetenz des Bundesrates. Die OAK BV darf zur Vereinheitlichung der Aufsichtstätigkeit Weisungen erlassen für Aufgaben, die die Expertinnen und Experten und das oberste Organ ohnehin bereits heute wahrnehmen müssen. Ihre Weisungen dürfen allerdings das Gesetz nur konkretisieren, nicht aber es ergänzen.

Die **gesetzlichen Aufgaben des obersten Organs** ändern sich mit dem Weisungsentwurf nicht. Die Aufsichtsbehörden können von der OAK BV angewiesen werden, bestimmte Erläuterungen, Beurteilungen und Bestätigungen von den Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen zu verlangen. Das oberste Organ bleibt verantwortlich für die finanzielle Sicherheit der Stiftung und muss dafür sorgen, dass die strukturellen Risiken identifiziert und geprüft werden.

Der **Bundesrat beabsichtigt keine Änderung** des heutigen Aufsichtssystems. Eine einheitliche Bundesaufsicht müsste gegebenenfalls mit einer Gesetzesänderung vom Parlament beschlossen werden.

pw. Der Bundesrat kommt Kuprecht in keinem Punkt entgegen. Alles ist bestens. Man darf vermuten, dass die bundesrätliche Antwort mit Hilfe der OAK formuliert worden ist. Der Interpellant dürfte damit kaum befriedigt sein. Die Kostenfrage wird mit dem hilfreichen Hinweis auf die Kostenersparnis durch eine tabellarische Darstellung beantwortet. Will unsere Regierung damit eine Lektion in Excel erteilen? Aber über die Gesetzeskonformität der Weisungen will er sich nicht äussern, weil das nicht in seiner Kompetenz liege. Die Expertise Gächter wird gar nicht erst erwähnt. Wer sonst ist aber dafür zuständig? Dazu hätte man gerne eine Antwort. Affaire à suivre.

 [Interpellation / Antwort BR](#) / [Weisungsentwurf](#) / [Gächter](#)

DIENTSTLEISTER

Broker verteidigen Courtagen

27. März 2019

Werner Enz berichtet in der NZZ über die Jahresversammlung des Brokerverbands SIBA, an welcher auch die kürzlich aufgeflammete Diskussion um die Courtagen für die Vermittlung von PK-Anschlüssen an Sammelstiftungen thematisiert wurde.

Gemäss den Siba-Standesregeln gilt seit Jahren, dass die Konditionen für eine **BVG-Beratungsdienstleistung** transparent gemacht werden müssen. Wie bei den meisten anderen Versicherungsverträgen auch zahlt oft die Versicherung dem Broker eine Courtage; dieser drängt in der Regel nicht auf Neuabschlüsse, sondern begleitet Kunden über Jahre. Denkbar ist zwar auch eine aufwandbasierte Entschädigung, aber das ist Verhandlungssache.

Hinter den Kulissen brodelte es offenbar, nachdem sich Asip-Direktor **Hanspeter Konrad** in Übereinstimmung mit der gewerkschaftsnahen Organisation PK-Netz für ein Verbot und die «Korrektur von Anreizen» ausgesprochen hat. **Verbote** vertragen sich bekanntermassen schlecht mit der Bundesverfassung, die Wirtschafts- und Vertragsfreiheit zusichert.

Bestrebungen, via BVG-Kommission eine Gesetzes- oder Ordnungsänderung in die Wege zu leiten, laufen offenbar schon. Der von Konrad in Aussicht gestellte **«runde Tisch»**, an dem auch Broker- und Arbeitgebervertreter Platz nehmen sollen, lässt nach den Worten Lehmanns noch auf sich warten. Die mit einer Auftragsstudie via Kassensturz in die

Gänge gebrachte Debatte erscheine ihm als suspekt und als **Angriff auf die liberale Marktordnung**.

Ein Grund für die Hektik ist, dass einige Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen auf der Jagd nach BVG- Neukunden sind. Vor allem Einrichtungen mit schwachem Deckungsgrad könnten versucht sein, mit grosszügigen Provisionen KMU-Kunden zu gewinnen, um Finanzlöcher zuzudecken. Allerdings sollte eine solche Taktik mit der **Offenlegung sämtlicher Entschädigungen** durch den Broker rasch zu durchschauen sein. Da kann es auch Gold wert sein, wenn ein Broker einen bestimmten Anbieter eben gerade nicht empfiehlt.

Professionelle Beratung nach einem Kassenwechsel wird es landauf, landab auch in Zukunft brauchen. Als vor knapp einem Jahr die Axa den Ausstieg aus der BVG-Vollversicherung ankündigte, standen Zehntausende von KMU vor einem heiklen Entscheid. Die BVG-Kommission als beratendes Organ des Bundesrats hätte noch ganz andere Projekte als Verbote zu befördern. Die Korrektur der **systemwidrigen Umverteilung** von jährlich rund 7 Mrd. Fr. zulasten der nachrückenden Generationen steht an.

 [SIBA News](#)

PK-Markt vor Konsolidierung

22. März 2019



Der Chef und Mitbesitzer des in [Zug ansässigen Asset Managers Corestone](#), **Martin Mlynar**, macht sich keine Illusionen. «Ich glaube nicht, dass der Schweizer Markt noch einen weiteren Asset Manager braucht», sagt er im Interview mit [finews.ch-TV](#).

Und doch hätten in der Pensionskassenlandschaft Entwicklungen eingesetzt, die Corestone auch schon in Kanada, in Dänemark oder in den Niederlanden beobachtet habe und die dort

viel weiter fortgeschritten seien. Nämlich eine intensiver geführte politische Diskussion um die langfristige Sicherung der Schweizer Vorsorgewerke. Diese Entwicklungen haben Mlynar und das Corestone-Management im vergangenen Jahr bewogen, den Asset Manager durch einen Buy-out vom vormaligen Besitzer Robeco unabhängig zu machen, um sich spezifisch auf den Schweizer Markt konzentrieren zu können.

Corestone ist mit rund 36 Milliarden Franken verwalteten Vermögen eine recht grosse Nummer. Wobei Grösse wegen der Skaleneffekte und der tieferen Kosten für die eigenen Kunden sicherlich wichtig sei, sagt Mlynar weiter. Doch Corestone wolle nicht per se wachsen, sondern sich gang auf die langfristig orientierten Investoren fokussieren und diese bei ihren Anlageentscheidungen zu unterstützen.



RECHTSFÄLLE

Sifo und Gemeinschaftseinrichtung

29. März 2019



Franziska Bur-Bürgin behandelt in ihrem Blog und auch im neuen Newsletter einen Entscheid des Bundesgerichts. Es geht dabei um die Frage der missbräuchlichen Inanspruchnahme des Sifo durch Gemeinschaftseinrichtungen. Bur-Bürgin schreibt:

Eine GmbH mit zwei Angestellten hatte sich einer Gemeinschaftseinrichtung (nachfolgend «PK») angeschlossen. Nach rund zwei Jahren stellte sie die Beitragszahlungen ein. Trotzdem waren ein versicherungspflichtiger Mitarbeiter und die Gesellschafterin über Jahre weiter für die GmbH tätig, und die PK kündigte auch den Anschlussvertrag nicht.

Nach dem Tod der Gesellschafterin im Jahr 2014 nahm die PK den Fall auf und machte nachträglich Beiträge geltend. Die GmbH war mittlerweile im Konkurs. So erhielt die PK im Wesentlichen nur einen Verlustschein. Damit wandte sie sich an den SiFo und bat um Sicherstellung der reglementarischen Leistungen.

Der SiFo anerkannte die Sicherstellung der (sehr geringen) Leistungen für den Angestellten, nicht aber für die Geschäftsführerin. Soweit es sie betraf, berief er sich auf einen Missbrauch (Art. 56 Abs. 5 BVG). (...)

Des BGer hielt fest, die missbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen des SiFo könnte nicht nur dadurch bekämpft werden, dass der SiFo von Vornherein die Sicherstellung verweigere, sondern auch dadurch, dass er nachträglich Rückgriff auf fehlbare Personen nehme (Haftung nach Art. 56a BVG). Dabei – so das BGer – bestehe keine Wahlmöglichkeit des SiFo: Nach den Materialien müsse er primär den Weg des Rückgriffs nehmen.



EL-Reform: Enttäuschte Arbeitgeber

22. März 2019

Der Arbeitgeberverband schreibt zu den Beschlüssen des Parlaments zur EL-Reform:

National- und Ständerat haben die EL-Revision in der Schlussabstimmung gutgeheissen. Die Arbeitgeber **begrüssen** mehrere der beschlossenen Massnahmen – insbesondere die Einführung einer Vermögenseintrittsschwelle, die Rückerstattung von Vermögen nach dem Tod, die Reduktion der Vermögensfreibeträge sowie die Anpassung der Kinderpauschalen. Diese Beschlüsse tragen dazu bei, das Kostenwachstum in den EL abzubremesen.

[Weiterlesen »](#)

Weltweite PK-Vermögen 2018 um 3,3% gesunken

25. März 2019

Gemäss den neuen Zahlen der [Global Pension Assets Study](#) des Thinking Ahead Institute sank das globale institutionelle Pensionskassenvermögen in den 22 wichtigsten Märkten (den „P22“) zum Jahresende 2018 auf **40,1 Billionen Dollar**. Dies entspricht einem Rückgang von 3,3% im 12-Monatszeitraum.

Die sieben grössten Märkte für Pensionsvermögen (die „P7“) – die USA, Japan, Grossbritannien, Australien, Kanada, die Niederlande und die Schweiz – machen 91% der P22 aus. Die jüngste Studie zeigt, dass die USA mit 61,5 % der weltweiten Pensionskassenvermögen weiterhin deutlich vorne liegen, gefolgt von Japan und dem Vereinigten Königreich mit 7,7 % resp. 7,1 %. Die **Schweiz** belegt Platz 7 mit 2,2%.

Deutschlands grösste Pensionskassen

22. März 2019





Das Private Banking Magazin hat die 10 grössten Pensionskassen Deutschlands aufgelistet mit Angaben zu Gründung und Bedeutung. Das ist eine Welt für sich. An der Spitze steht der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes mit einem

Vermögen von 28 Mrd. Euro und 351'000 Aktiven.

[Private Banking Magazin](#)

Institutionelle erobern den holländischen Hypothekenmarkt

20. März 2019

 Pensionskassen und Versicherungen finanzieren rund **28 Prozent** aller 2018 aufgenommenen privaten Immobilienkredite in den Niederlanden.
 Direktinvestitionen in niederländische private Hypotheken für den Immobilienkauf bringen ca. 150 bis 200 Basispunkte mehr Rendite als niederländische Staatsanleihen.

Lange Laufzeiten, typischerweise zwischen 10 und 30 Jahren, eine im europäischen Vergleich sehr geringe Ausfallquote, ein **staatliches Garantiesystem** für private Hypotheken sowie für den Kreditgeber günstige gesetzliche Rahmenbedingungen machen Immobilienkredite für Privatpersonen zu einer interessanten Assetklasse. Dies gilt vor allem für Anleger mit langfristigem Investmenthorizont wie Versicherungen und Pensionskassen.

Treiber des schnellen Wachstums ist aber auch der **Aufbau einer eigenen Infrastruktur** für den Vertrieb von Hypotheken an Privatkunden. 2014 gründeten niederländische Pensionskassen die **Dutch Mortgage Funding Company (DMFCO)**, der die Investorengelder verwaltet und über ihren eigenen Hypothekenfinanzierer MUNT Hypotheken direkt an niederländische Immobilienkäufer vertreibt.

Rund 300 Millionen Euro investiert DMFCO heute monatlich in ein breit diversifiziertes Immobilienportfolio in ganz Holland, eine Summe, die in den kommenden Jahren weiter steigen soll. Insgesamt hat DMFCO nur vier Jahre nach der Gründung bereits **13 Milliarden Euro** in Hypotheken investiert und ist damit einer der am schnellsten wachsenden Vermögensverwalter der Welt.

 [money.com](https://www.money.com)

TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

APRIL

- 4. / 5. April, Olten
Schweiz. Verband der Sozialversicherungs-Fachleute, Reg. Nord-Ostschweiz
6. Oltner Sozialversicherungs-Tagung. [Website](#)
- 10. April, Lausanne
Swiss Life Pension Services
Pension Apéritif. [Website](#)

MAI

- 8 /9/10 mai, Montreux
Pittet / pwc
Journées de la Prévoyance. [Website](#)
- 10. Mai, Zürich
ASIP
Mitgliederversammlung
- 14. Mai, Bern
AWP Soziale Sicherheit
AWP-Tagung
- 15. / 16. Mai, Lausanne
Swiss Life Pension Services
Salon PPS. [Website](#)
- 23. Mai, Bern
Vorsorgeforum
Mitgliederversammlung



Aus- und Weiterbildung

APRIL

- 2 avril, Lausanne
Pittet
La prévoyance de 7 à 107 ans. [Website](#)
- 3 avril, Lausanne
Pittet
Le cycle de vie d'une institution de prévoyance. [Website](#)
- 4 avril, Lausanne
Pittet
L'équilibre financier d'une institution de prévoyance. [Website](#)
- 4. April, Zürich
VPS Verlag
Knifflige Leistungsfälle aus der beruflichen Vorsorge. [Infos](#)

- 9 avril, Lausanne
Pittet
Introduction au placement de la fortune, [Website](#)
- 11 avril, Lausanne
Pittet
Le processus d'investissement d'une institution de prévoyance. [Website](#)
- 11. April, Zürich
VPS Verlag
Risikomanagement im aktuellen Umfeld. [Link](#)
- 30. April bis 28. Mai, 5 x 1 Tag
Fachschule für Personalvorsorge
Fachkurs Rechnungswesen. [Link](#)
- 30. April, St.Gallen
VPS Verlag
VPS-Labor. Finanzielle Führung von Pensionskassen. [Flyer](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](#)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.

Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.